63. Jahrgang. № 170. Sonntag, 22. Juni 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 5.40 M. monatlich 1.80 M.
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 75 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt einspaltige An- und Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze auf Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. — Belegblatt 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Projektions-Apparate
in allen Arten und Preislagen
für Schule und Haus.
Carl Plaul ▪ Dresden ▪ Wallstr. 25.

AUSSTELLUNG fertiger Wohnungen
Besichtigung erbeten
Otto Schubert, Dresden-A.
Werkstätten für Wohnungskunst
14 Wallstraße ▪ Gegründet 1873 ▪ Wallstraße 14

Kronen .... Lampen
Antiquitäten
Kretzschmar, Bösenberg & Co.
5 Serrestraße 5 (Nähe Pirnaischer Platz).
Kriegsanleihe wird zum Tageskurs in Zahlung genommen.

Das endgültige Kabinett.

Das neue Reichskabinett.

Weimar, 21. Juni. Das neue Reichsministerium setzt sich wie folgt zusammen:

Präsident des Reichsministeriums: Bauer (Soz.);
Reichsminister des Auswärtigen: Hermann Müller (Soz.);
Inneres: Dr. David (Soz.);
Vertreter des Reichsministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen: Erzberger (Zentr.);
Reichswirtschaftsminister: Wissell (Soz.);
Reichsarbeitsminister: Schlicke (Soz.);
Reichsschatzminister: Mayer-Kaufbeuren (Zentr.)
Reichspostminister: Giesberts (Zentr.);
Reichsverkehrsminister und weiter betraut mit der Führung des Reichskolonialamts: Bell (Zentr.);
Reichswehrminister: Noske (Soz.);
Reichsernährungsminister: Schmidt (Soz.);
Reichsjustizminister: (bleibt offen).

Unter den Ministern befinden sich ein Bayer und ein Württemberger.

Am Sonnabend vormittag um 10 Uhr war noch kein Kabinett vorhanden, Dr. David von den Mehrheitssozialisten, der der Regierung Scheidemann als Minister ohne Portefeuille angehört hatte, bemühte sich um die Bildung. Die Kandidatur Hermann Müller schien erledigt. Müller gehört dem sozialdemokratischen Parteivorstand an und hatte als solcher die Einigungsverhandlungen mit den Unabhängigen zu führen. Um 12 Uhr hatten Dr. Davids Bemühungen ihr Ende gefunden: ein Kabinett Bauer war zustande gekommen. Wie dieses Kabinett aussah, ist so genau nicht zu sagen, da verschiedene Sessel noch leer geblieben waren. Im wesentlichen sollte es sich offenbar zusammensetzen aus Mehrheitssozialisten, Zentrumsleuten und einigen Beamten, die mit der kommissarischen Verwaltung einzelner Ressorts betraut wurden. Ob auch Dernburg von den Demokraten für die Kombination in Aussicht genommen war, steht nicht fest, als sicher wurde jedoch genannt Dr. Preuß als Reichsminister des Innern.

Die Presse hatte diese Liste kaum erfahren, als sie schon nicht mehr galt. Das „erste" Kabinett Bauer war, wie W. T. B. meldete, an dem Widerstande der Demokraten gescheitert. Bauer beschränkte sich deshalb auf Zentrum und Sozialdemokratie und hatte bis 6 Uhr abends aus diesen Parteien die Männer gefunden, die es auf sich nahmen, die Geschäfte des Reiches zu führen. Zentrum und Mehrheitssozialisten haben in der Nationalversammlung eine theoretische Mehrheit, das parlamentarische System ist also geretet. Rein vom Standpunkt der praktischen Arbeit aus gesehen, ist freilich auch diese Lösung nur als ein Verlegenheitsauskunftsmittel zu betrachten. Das Kabinett ist lediglich das Kabinett der Friedensunterzeichnung. Diesen Akt kann es, angesichts der Haltung der Unabhängigen, gewissermaßen durch sein eigenes Schwergewicht herbeiführen. Für alle weitere Arbeit aber sind ernste Schwierigkeiten zu befürchten.

Dr. Preuß, der Vater der neuen Reichsverfassung, geht. Dr. David von der Sozialdemokratie wird es übernehmen, sein Kind in der zweiten Lesung des Verfassungsausschusses und im Plenum zu beschützen. Die Lösung ist nicht ganz ungefährlich, schon deshalb, weil Dr. David sich bisher mit dem Zustandekommen des Verfassungswerkes kaum zu befassen hatte. Ernster noch ist eine andere Schwierigkeit. Nicht nur Zentrum und Demokraten, sondern noch häufiger Zentrum und Mehrheitssozialisten sind bisher im Verfassungsausschuß sehr häufig weit auseinandergegangen. Wenn nun ein Sozialdemokrat den Verfassungsentwurf zu vertreten hat, so sind damit Aenderungen im parteipolitischen Sinne natürlich Tür und Tor geöffnet.

Hinzu kommt der weitere Umstand, daß augenblicklich, wie erwähnt, bei den Mehrheitssozialisten starke Bestrebungen festzustellen sind, deren Ziel die Einigung mit den Unabhängigen ist. Nun ist aber ein Mann wie Noske, der „Blutbund" der Unabhängigen, im Kabinett verblieben. Wird sich das Herr Haase gefallen lassen? Schwerlich. Noske als Reichswehrminister, als Kabinettsmitglied überhaupt, verhindert entweder die Einigung oder er wird Haase geopfert. Merkwürdig ist es ferner, daß die beiden Gegner vom Parteitag her, Wissell, der Wirtschaftsminister, und Schmidt, der Ernährungsminister, friedlich wieder beisammen sitzen sollen. Wenn man sich an die grundverschiedenen Anschauungen der beiden, so wie sie auf dem Parteitag zutage getreten sind, erinnert, dann wird man nicht ohne weiteres an ein langes harmonisches Arbeiten glauben können. Wissell ist der Mann der bureaukratisierten und parlamentarisierten Wirtschaft, Schmidt will erst etwas zu essen schaffen, will schrittweise sozialisieren, und zwar nicht nach dem System Rathenau-Moellendorff-Wissell.

Giesberts bleibt als Postminister, er hat seine Meinung in der Friedensfrage seit seiner Rückkehr aus Versailles unter dem Einfluß seines Parteifreundes Erzberger geändert. Der frühere Gewerkschaftsmann hat noch nicht die Gelegenheit gehabt, sich in seinem Amt große Verdienste zu erwerben, immerhin kann gesagt werden, daß er mit erwägenswerten Plänen einer Modernisierung des Postbetriebs umging und veraltete bureaukratische Einrichtungen zu beseitigen bestrebt war. Wie weit freilich all die schönen Pläne vom Ausbau des unterirdischen Fernsprechnetzes, von der Erleichterung und Erweiterung des Telegraphenkabeldienstes, mit denen er sich trug, unter heutigen und künftigen Verhältnissen verwirklicht werden können, ist eine Frage für sich. — Sein Kollege Bell soll offenbar als lebendige Demonstration gegen den Kolonialraub im Kabinett verbleiben. Daß der rheinische Justizrat, der sich bisher mehr mit kriminalen als kolonialen Fragen befaßt hat, nicht zurücktritt, ist ebenfalls etwas verwunderlich. Jedenfalls war er früher einer derjenigen Männer aus der Regierung Scheidemann, die am nachdrücklichsten für Deutschlands Recht eingetreten sind. Die Betrauung mit dem Amt eines Reichsverkehrsministers, für das Dr. Bell so viel oder so wenig Eignung mitbringt, wie für das Kolonialamt, ist natürlich vorerst nur Formsache. Denn Reichseisenbahnen haben wir nicht mehr, man kann vielleicht auch sagen, wir haben sie noch nicht.

Nun zu den neuen Männern, unter die auch Bauer als Ministerpräsident und Erzberger als Finanzminister gerechnet werden müssen. Bauer hatte bisher das Arbeitsministerium und hatte da viel zu tun mit Schlichtung von Streiken und Streitigkeiten. Vielleicht war Ebert der Ansicht, daß gerade eine solche Persönlichkeit sich für den Posten des Präsidenten dieses Kabinetts, das erst nach schweren Wehen zustande gekommen ist, besonders gut eignet. Im übrigen ist zu sagen, daß Bauer den Ruf eines rechtlichen Mannes genießt und sich als Arbeitsminister auch einen gewissen Standpunkt bei den Oppositionsparteien zu verschaffen wußte. Jedenfalls ist er derjenige sozialistische Minister aus der verflossenen Regierung, der relativ noch am meisten Vertrauen auch in bürgerlichen Kreisen genoß. Ob dieses Vertrauen gerechtfertigt war, bleibt selbstredend abzuwarten.

Herrn Erzberger gönnen wir das Finanzministerium von ganzem Herzen. Dieser bittere Kelch ging seinerzeit nach dem Rücktritt Schiffers an ihm vorüber, richtiger gesagt, damals hatte sich der Alleskönner um dieses Amt, das ihm angeboten wurde, zu drücken verstanden und war ohne Portefeuille geblieben. Heute muß er in den sauren Apfel beißen und praktische Arbeit leisten. Er hat als Finanzminister die denkbar günstigste Gelegenheit, die Früchte zu ernten, die er gesät hat. Sie werden sehr stachelig sein, so stachelig, daß wir uns nicht wunderten, wenn den Vielgeschäftigen endlich ein Ruhebedürfnis anwandelte. — Sein Parteifreund Mayer-Kaufbeuren, der sich viel mit sozialen Fragen befaßt hat, soll als Gothein's Nachfolger das Reichsschatzamt übernehmen, dessen Tätigkeitsbereich bekanntlich noch nicht sehr scharf umgrenzt ist. Herr Mayer kann jedenfalls heute schon darauf rechnen, daß ihm Wissell das Leben schwermachen wird. Beide haben sich ja mit Sozialisierungsfragen zu befassen.

Es bleibt Hermann Müller als Minister des Auswärtigen. Wie man weiß, hat Müller als Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes an der Sozialistenkonferenz in Bern teilgenommen. Während des Krieges hat er, wenn wir nicht irren, auch den Ausflug nach Stockholm mitgemacht, der ein praktisches Ergebnis ja nicht hatte, da die Verbandssozialisten von ihren Regierungen keine Pässe bekommen hatten. Durch diese Reisen ins Ausland hält man offenbar den Befähigungsnachweis Müllers als Minister des Aeußeren für erbracht, wir wollen das abwarten. Im ganzen genommen liegt ja nicht mehr viel daran, wer bei uns das Aeußere versieht, der Verband wird ihm seine Arbeit im wesentlichen abnehmen. Ja, man kann sagen, am ganzen Kabinett liegt nicht viel, herrschen und regieren werden in Deutschland künftighin ja doch andere Männer, als die, die in Weimar ausgesucht worden sind, nämlich die Männer der „Commission des réparations", des Wiedergutmachungsausschusses des Verbandes.

Ministerpräsident Bauer.

Der mit der Neubildung des Reichskabinetts betraute Mehrheitssozialist Gustav Bauer ist seit Oktober 1908 der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften und seit 5. Oktober 1918 Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes. In die Nationalversammlung hat ihn der 9. Wahlkreis (Regierungsbezirk Breslau) entsandt. In Darkehmen (Ostpr.) am 6. Januar 1870 geboren, begann er nach durchlaufener Volksschule seine bürgerliche Tätigkeit in einem Rechtsanwaltsbureau, bis er 1905 Sekretär des Zentralarbeitersekretariats in Berlin wurde. Er war Mitbegründer des Verbandes der Bureauangestellten und von 1895 bis 1908 ehrenamtlicher Vorsitzender, seit 1905 Vorsitzender ihrer Berliner Ortskrankenkasse und seit 1904 Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen. Von 1895 bis 1901 war er Redakteur des Verbandsorgans „Der Bureauangestellte". In den Reichstag gelangte er 1912 gleichfalls für Breslau. Ihm wird große organisatorische Veranlagung und eine tüchtige Kenntnis und Erfahrung in allen Arbeiter- und Angestelltenfragen und der einschlägigen Gesetzgebung nachgerühmt.

•

Bayerns Haltung.

München, 21. Juni. (Eig. Drahtmeld.) Die bayrische Regierung hat beschlossen, daß sie einer bedingten Bejahung des Friedensvertrages zustimmen könne. Sämtliche Fraktionen des bayrischen Landtages haben sich für die Frage der Unterzeichnung zu einer Beratung zusammengeschlossen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß, wenn es zu einer Abstimmung kommt, die Mehrheit des Zentrums, die gesamte Mehrheitssozialdemokratie, große Teile der Demokratischen Partei und der Unabhängigen, sowie der Bauernbund für die Unterzeichnung sein würden. Es ist dies somit die Mehrheit des Landtages. In der Bevölkerung wird die Stimmung für die sofortige bedingungslose Unterzeichnung immer stärker. Die „Münchn. Volksztg." verleiht dem heute einen noch stärkeren Ausdruck und wendet sich gegen das Hin und Her in Weimar.

Der sächsische Ministerpräsident über die Unterzeichnungsfrage.

In der gestrigen Pressekonferenz teilte Ministerpräsident Dr. Gradnauer mit, daß soeben innerhalb der sächsischen Regierung eine Aussprache über die Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages stattgefunden habe. Im Anschluß hieran machte er einige Bemerkungen darüber, wie er persönlich die Gesamtlage in Weimar auffasse. Er führte u. a. aus:

Es herrscht ein überaus gefährlicher Krisenzustand, nicht nur in der Reichsleitung, sondern auch in der gesamten Nationalversammlung. Wenn es nicht bald gelingt, diesen Zustand zu beseitigen, dann ist die Gefahr groß, daß er in das Land hinübergreift. Der große Meinungsgegensatz, der sich aufgetan hat hinsichtlich der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages, scheidet die Geister nicht nach Parteien, wenigstens nicht vollkommen. Es finden sich in allen Parteien, auch in denen, die in ihrer Mehrzahl für die Unterzeichnung sind, Männer, die auf das entschiedenste den andern Standpunkt vertreten. Auch diejenigen, die jetzt für eine Unterzeichnung eintreten, halten den Vertrag nach wie vor für völlig unerträglich und unerfüllbar. Es herrscht auch unter denen, die mehr oder weniger für die Unterzeichnung eintreten, Einigkeit darin, daß, wenn es denkbar ist, Verbesserungen noch versucht werden sollen. Bei jedem von uns sträubt sich alles Gefühl, diesem schimpflichen Vertrage die Unterzeichnung geben zu sollen, und doch stehen wir vor einer Entscheidung, die so schicksalsschwer für alle deutsche Zukunft ist, daß ich mich frage, ob man nicht doch auch dieses Gefühl der Erbitterung und des Abscheus zurückdrängen muß. Ich bin im Laufe der letzten Wochen mehr oder weniger zu der Ueberzeugung gekommen, daß uns weiter nichts übrig bleibt als uns doch schließlich den Forderungen der Entente zu unterwerfen. Diejenigen, die dabei verharren wollen, nein zu sagen, schildern mit vollem Recht die unendliche Schwere der Vertragsbestimmungen, aber in ihrer Auffassung ist nach meiner Meinung nicht genügend zur Geltung gekommen eine Betrachtung darüber, wie sich die Dinge bei uns entwickeln sollen, wenn wir den Vertrag ablehnen. Sie sehen die Dinge meines Erachtens viel zu günstig an für den Fall der Ablehnung. Man hört die Auffassung, daß im Falle der Ablehnung die Gegner einmarschieren werden, daß das furchtbare Verhältnisse sein würden, aber es werde bis zu einem gewissen Grade dadurch eine Macht in Deutschland hergestellt, die uns gegenüber den inneren Gefahren unter Umständen sogar eine Erleichterung bringen könnte. Man glaubt, daß eine solche Fremdherrschaft sich mit der Zeit als unmöglich erweisen wird, und daß wir doch wieder von diesem Joch uns befreien können. Man rechnet, daß in der Entente Meinungsverschiedenheiten eintreten und daß wir den Nutzen davon haben werden. Ich glaube, daß diese Auffassung viel zu optimistisch ist, fürchte vielmehr, daß der Einmarsch der feindlichen Truppen und der Kriegszustand, der damit hergestellt wird, unendlich verhängnisvolle Folgen für uns haben muß. Es ist kein Zweifel, daß die gegnerischen Mächte darauf ausgehen, Süddeutschland von Norddeutschland loszutrennen. Es gibt keine Regierung und keinen denkenden Menschen in Süddeutschland, der geneigt wäre, solche Bestrebungen fördern zu wollen; aber unter dem Zwange der Verhältnisse kann nicht verkannt werden, daß die Bevölkerung in Süddeutschland nicht die nötige Widerstandskraft hat, allen Versuchungen der Entente Widerstand leisten zu können. Ich sehe bei der Nichtunterzeichnung die unmittelbare Gefahr eines Zerfalles Deutschlands voraus. Und was würden sich für innere Zustände entwickeln! Der Einmarsch der gegnerischen Truppen im Westen bedeutet in diesen Gebieten verheerende Verhältnisse. Man darf nicht glauben, als wenn die gegnerischen Truppen kriegsmüde seien und vielleicht gar nicht marschieren würden. Es scheint vielmehr so, daß besonders die französischen Truppen mit Elan marschieren würden; denn es ist für sie kein Krieg, sondern ein militärischer Spaziergang. In den französischen Offizierskreisen ist die Auffassung weit verbreitet, wie gut es uns in Deutschland geht; denn sie ziehen Vergleiche zwischen den zerstörten Gebieten ihres Landes und Deutschland, wo die junge Ernte der Reife entgegengeht. Sie werden das Land nicht schonen. Man wird unsere wichtigsten Industrie- und Kohlengebiete im Rheinland besetzen, und es wird unmöglich sein, das wirtschaftliche Leben dann auch nur eine kurze Spanne Zeit im übrigen Deutschland aufrechtzuerhalten. Dazu kommt, daß die ungeheure Mehrheit der deutschen Arbeiterbevölkerung den Gedanken, daß der Krieg wieder erwache, nicht ertragen kann; denn die Bevölkerung ist ermattet und ausgehungert. Es würde das der Nährboden für jede radikale und bolschewistische Agitation sein. Entweder würde in kurzer Zeit das bestehende Regiment beseitigt sein und mindestens eine unabhängige Regierung kommen, die den Friedensvertrag sofort unterzeichnen würde, vielleicht unter noch schlechteren Bedingungen — oder, was wahrscheinlicher ist, wir würden in das volle Chaos, in den Bolschewismus, kommen.

Dagegen glaube ich doch, so ungeheuerlich der Vertrag ist, daß bei einer Unterzeichnung uns die Möglichkeiten der Wiederaufrichtung bleiben. Wir gewinnen dann Zeit und können den Kampf für die Besserung der Verhältnisse aufnehmen. Die gegnerischen Truppen werden jetzt marschieren, wenn wir nicht unterzeichnen; aber wenn es sich um die Erfüllung einzelner Vertrags-